



# **FRIEDENSPOLITIK HEUTE**

## **POSITIONEN DER SPD SCHLESWIG-HOLSTEIN ZUR DEUTSCHEN AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK**

**ANTRAG ZUM LANDESPARTEITAG (A1\*)  
DER SPD SCHLESWIG-HOLSTEIN AM 27. SEPTEMBER  
2014 IN LÜBECK**

\*Der Landesvorstand wird Ergebnisse und Anregungen der Diskussionen bis zum Landesparteitag in diesen Antrag einarbeiten.

Diskussion auf [www.spd-sh.de/friedenspolitik](http://www.spd-sh.de/friedenspolitik)



**ANTRAG ZUM LANDESPARTEITAG DER SPD SCHLESWIG-HOLSTEIN  
AM 27. SEPTEMBER 2014 IN LÜBECK****A1****FRIEDENSPOLITIK HEUTE**

Positionen der SPD Schleswig-Holstein zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik

„So viel Kraft und Zeit die Innenpolitik auch immer fordern mag, es kann gut sein, dass Deutschland sich eines Tages den Vorwurf machen muss, es hätte die Chance verschlafen und die Möglichkeiten ungenutzt gelassen, die ihm die neue Lage nach dem Ende des Ost-West-Konflikts geboten hat. Das vereinte Deutschland steht, so souverän wie es die eingegangenen Bündnisverpflichtungen zulassen, d.h. so souverän wie jeder Staat, mit größerem Gewicht vor einem neuen Abschnitt seiner Geschichte... Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs geteilt, beschützt und beherrscht ist es nun frei, seine Rolle zu bestimmen.“  
(Egon Bahr, Deutsche Interessen, 1998)

**I. Die neue Debatte über die internationale Verantwortung  
Deutschlands**

Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat bei der Amtsübergabe im Auswärtigen Amt am 17. Dezember 2013 eine „kritische Selbstprüfung“ der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik angekündigt: „Wir brauchen heute einen erwachsenen, aufgeklärten Diskurs über den institutionellen Rahmen, in dem sich unser außenpolitisches Handeln bewegen soll, über das Maß an Verantwortung, das wir in den nächsten 10, 20 Jahren schultern können, aber auch darüber, wo die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit sind. Deshalb will ich an den Beginn meiner zweiten Amtszeit eine solche Selbstverständigung über die Perspektiven deutscher Außenpolitik setzen... Und ich will das ganz bewusst nicht als klassischen innerministeriellen Prozess anlegen, sondern als Dialog des Auswärtigen Amtes mit den wichtigsten außen- und sicherheitspolitischen Stakeholdern unter Einschluss der Zivilgesellschaft.“

Die SPD Schleswig-Holstein begrüßt diese Debatte über die Ziele, Wege und Mittel deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Mit dieser Positionsbeschreibung wollen wir einen Beitrag dazu leisten. Wir tun dies, weil die Schleswig-Holsteinische SPD auf eine lange und gute Tradition erfolgreicher friedenspolitischer Initiativen zurückblicken kann. Bereits 1966 hat sich die schleswig-holsteinische SPD auf einem Landesparteitag („Eutiner Erklärung“) für eine neue Ost- und Entspannungspolitik ausgesprochen. Noch zu Zeiten der Teilung Europas hat sich Ministerpräsident Björn Engholm 1988 für eine engere wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit der Länder rund um die Ostsee ausgesprochen und dieser Region eine Brückenfunktion zwischen Ost und West zugesprochen. Und zu Recht kann Schleswig-Holstein als Vorbild für eine gelungene Minderheitenpolitik gegenüber den drei hier lebenden nationalen Minderheiten –die dänische Minderheit, die Volksgruppe der Friesen und die Sinti und Roma- gelten. Dazu kommt eine Verantwortlichkeit gegenüber der deutschen Minderheit in Dänemark. Alle in Schleswig-Holstein beheimateten nationalen Minderheiten stehen unter dem Schutz der Landesverfassung. Aus dieser Perspektive

56 heraus sind wir überzeugt, dass gerade angesichts der Vielzahl an Krisen, Konflikte und  
 57 Kriegen auf der Welt die Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands und Europas der  
 58 Verständigung zwischen den Völkern, der friedlichen Austragung von Konflikten, den  
 59 Menschenrechten, der Abrüstung und der Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung  
 60 verpflichtet sein muss. Viele Konflikte entstehen in dem Spannungsverhältnis des Rechts auf  
 61 nationale Selbstbestimmung einerseits und dem Prinzip der territorialen Integrität und der  
 62 Unverletzlichkeit der Grenzen bestehender Staaten andererseits. Die aktuelle Ukraine-Krise  
 63 zeigt, dass diese Debatte auch in Europa vordringlich ist, denn schlüssige befriedigende  
 64 Antworten hierzu gibt es dazu bisher nicht.

65  
 66 Politik ist seit Gründung der SPD vor 150 Jahren der leidenschaftliche Kampf für die  
 67 Interessen der Ausgebeuteten, Unterdrückten und Benachteiligten. Es ging immer darum  
 68 diese Interessen umzusetzen in geltendes Recht. Von der Abschaffung der Kinderarbeit und  
 69 des Achtstundentages über die Durchsetzung des Frauenwahlrechts und die Einführung der  
 70 Arbeitnehmermitbestimmung in der Betriebsverfassung bis hin zur Einführung eines  
 71 gesetzlichen Mindestlohnes in unseren Tagen: Immer war und ist es die durchgängige  
 72 Strategie sozialdemokratischer Politik, das Recht des Stärkeren durch die Stärke des Rechts  
 73 zu ersetzen. Willy Brandt hat dieses Prinzip auch für unsere internationale Politik postuliert.  
 74 Angesichts von Kriegen und Bürgerkriegen, von Hunger und Elend, von Ausbeutung und  
 75 Unterdrückung, der Missachtung von Menschenwürde und Menschenrechten in weiten  
 76 Teilen der Welt, muss dieser strategische Ansatz in der internationalen Politik der SPD  
 77 weiter energisch verfolgt werden: Wir wollen das Recht des Stärkeren durch die Stärke des  
 78 Rechts ersetzen!

79  
 80 Die „kritische Selbstprüfung“ war gedacht als nüchterne Bestandsaufnahme und Erarbeitung  
 81 neuer Perspektiven in ruhigem Fahrwasser. Die Ukraine-Krise hat jedoch schlagartig  
 82 offenbart, dass Europa auch 25 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges noch keine neue  
 83 stabile Friedensordnung gefunden hat. Im Gegenteil: Wir stellen überrascht fest, dass auch  
 84 Europa weiterhin ein konfliktreicher und leicht entzündbarer Kontinent ist und dass das Ost-  
 85 West-Blockdenken nicht überwunden ist.

86 Wir erleben das gegeneinander völlig unterschiedlicher Narrative, die Brisanz ungelöster  
 87 Integration nationaler, sprachlicher oder religiöser Minderheiten, die undurchsichtige  
 88 Destabilisierung von Regierungen von außen sowie das alte Machtdenken in geopolitischen  
 89 Einflussräumen und Blöcken.

90  
 91 In der Debatte geht es auch darum, in welchem Verhältnis Interessen und Werte in der  
 92 Außen- und Sicherheitspolitik zueinander stehen. Deutschland ist eine der stärksten  
 93 Volkswirtschaften der Welt und hat 2013 mit rund 260 Milliarden Dollar den weltweit  
 94 höchsten Exportüberschuss erzielt, noch vor China und Saudi Arabien. 25 Prozent der  
 95 deutschen Arbeitsplätze hängen vom Export und damit von der Entwicklung der  
 96 Weltwirtschaft ab. Was bedeutet das für die zukünftige Außen- und Sicherheitspolitik  
 97 Deutschlands im Zeitalter zunehmender Globalisierung, in dem Wirtschaftswachstum plus  
 98 militärische Stärke als Ausdruck nationaler Größe und politischem Einfluss gesehen werden?  
 99 Ist die so genannte „Kultur der militärischen Zurückhaltung“ Deutschlands auch künftig die  
 100 richtige Antwort in einer Welt zunehmend heftigerer ökonomischer Verteilungskämpfe?

101  
 102 Neben dem Eintreten für soziale Gerechtigkeit steht die Friedenspolitik im Zentrum  
 103 sozialdemokratischer Identität und Werteorientierung. „Wenn wir gefragt würden: Was habt  
 104 ihr in den letzten Jahrzehnten zustande gebracht, so würde in unserer Antwort die  
 105 Friedenspolitik nicht an letzter Stelle stehen. In der Tat: Das Ringen um Entspannung,  
 106 Rüstungsabbau und Zusammenarbeit, um europäische Selbstbehauptung und jeden  
 107 realistischen Ost-West-Ausgleich, das Eintreten für Menschenrechte und für mehr  
 108 Gerechtigkeit und Vernunft in den Nord-Süd-Beziehungen: aus der Zusammenfügung dieser  
 109 Inhalte ist ein gutes Markenzeichen der deutschen Sozialdemokratie geworden.“ (Willy  
 110 Brandt, Abschiedsrede, Bonner Parteitag 1987)

111

112 Die aktuelle Debatte über die künftige Rolle Deutschlands in der internationalen Politik ist für  
 113 uns Anlass, Notwendigkeit und Chance unsere Friedenspolitik weiter zu entwickeln. Auf  
 114 welchen Wegen und mit welchen Mitteln soll sich Deutschland künftig international  
 115 engagieren? Welche Interessen und Werte leiten uns dabei?

116  
 117 Dabei sind wir nicht auf der Seite derer, die fordern, Deutschland sollte sich in seiner  
 118 Außenpolitik weitaus stärker und ausschließlicher als bisher von seinen wirtschaftlichen  
 119 Interessen als rohstoffarmes und exportorientiertes Land leiten lassen, seine ethisch-  
 120 moralischen Vorbehalte gegen militärische Interventionen abbauen und sich häufiger und  
 121 stärker als bisher an internationalen Militäreinsätzen beteiligen.

122  
 123 Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss Friedenspolitik sein. Die sozialdemokratische  
 124 Friedenspolitik hat im Kalten Krieg der 1970er Jahre den minimalen außenpolitischen  
 125 Spielraum Deutschlands genutzt und maximale Veränderungen bewirkt: von der Politik der  
 126 kleinen Schritte zum Fall der Mauer, von den Berliner Passierscheinen zur deutschen  
 127 Einheit.

128  
 129 Friedenspolitik heute heißt, in den internationalen Organisationen, in denen Deutschland ein  
 130 Mitglied unter vielen ist -in der EU, der NATO, der OSZE und der UNO- aktiv dazu  
 131 beizutragen,

- 132
- 133 • das Völkerrecht als verbindliche Grundlage des Zusammenlebens der Völker und
- 134 Nationen zu stärken und durchzusetzen,
- 135 • eine neue Weltwirtschaftsordnung als Grundlage für die Überwindung von
- 136 Ausbeutung und Unterentwicklung in der Dritten Welt zu entwickeln und
- 137 durchzusetzen,
- 138 • die Entwicklungszusammenarbeit als Prävention gegen Krieg und Bürgerkrieg
- 139 auszubauen und international effektiver zu organisieren,
- 140 • den Umwelt- und Klimaschutz als Grundlage für dauerhaftes Leben auf der Erde aktiv
- 141 zu fördern.
- 142

143 Die Welt, die ihre Ordnung für das Zeitalter der Globalisierung noch nicht gefunden hat,  
 144 braucht auf diesen Feldern einen starken Motor. Deutschland aufgrund seiner Geschichte,  
 145 seiner internationalen Glaubwürdigkeit, seiner ökonomischen Kraft und sozialen Stabilität,  
 146 der Fähigkeiten seiner Diplomatie und Zivilgesellschaft kann ein solcher starker Motor in der  
 147 Weltinnenpolitik sein.

148

## 149 II. Neue Herausforderungen in Europa und der Welt

150  
 151 Das **Ende des Ost-West-Konflikts vor 25 Jahren** war eine welthistorische Zäsur. Die  
 152 friedliche Revolution in der DDR führte 1989/1990 zur deutschen Einheit und zum Ende der  
 153 Ost-West-Teilung Europas. Aus deutscher und europäischer Sicht, schien man an dem Ziel  
 154 angekommen zu sein, die Lehren und die Folgen von zwei Weltkriegen in der ersten Hälfte  
 155 des 20. Jahrhunderts bewältigt zu haben. Von der Montanunion und Europäischen  
 156 Wirtschaftsgemeinschaft zur Europäischen Union mit heute 28 Mitgliedsländern und von der  
 157 KSZE zur OSZE mit heute 57 Mitgliedsländern (alle europäischen Staaten einschließlich  
 158 Russland, plus USA, Kanada und Mongolei). Die USA erlangten nach dem Zusammenbruch  
 159 der Sowjetunion eine einzigartige und konkurrenzlose Überlegenheit und waren die einzig  
 160 verbliebene wirtschaftliche und militärische Supermacht. Kriege schienen künftig nicht mehr  
 161 vorstellbar. Euphorisch war vom „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama, 1992) die Rede.  
 162 In Deutschland ging das „Glück der Einheit“ einher mit einer beispiellosen Abrüstung. In der  
 163 alten Bundesrepublik und in der DDR waren bis 1989 insgesamt 1,5 Millionen Soldaten der  
 164 Bundeswehr und der NVA sowie der NATO und des Warschauer Pakts stationiert. Heute ist  
 165 die Truppenstärke der Bundeswehr auf rund 185.000 Soldatinnen und Soldaten  
 166 geschrumpft. Hinzu kommen lediglich 30.000 Soldaten der USA.

167 Doch es gab **Brüche**: Der erste Golfkrieg, die jugoslawischen Zerfallskriege, die  
 168 Bürgerkriege in Somalia und Ruanda, der Terrorangriff auf New York am 11. September  
 169 2001, die von den USA angeführten Kriege in Afghanistan und Irak sowie eine große Zahl an  
 170 Kriegen und Bürgerkriegen vor allem in Afrika. Der mit soviel Hoffnungen verbundene  
 171 „Arabische Frühling“ ist –außer vielleicht in Tunesien- gescheitert. In Syrien tobt ein  
 172 Vernichtungskrieg, der in den vergangenen drei Jahren rund 120.000 Menschen das Leben  
 173 kostete. Die Konfliktlinien in Syrien verlaufen nicht nur zwischen Sunniten und Schiiten,  
 174 sondern auch zwischen Türken, Kurden, Arabern und Persern. Wenn Syrien zerfällt, könnte  
 175 dies zu einer weitgehenden Veränderung der bisherigen Staatenordnung im Nahen Osten  
 176 führen.

177  
 178 Mit der Annexion der Krim durch Russland und der Ukraine-Krise sind 2014 militärische  
 179 Auseinandersetzungen und Kriegsgefahr zurück auf dem europäischen Kontinent. **Russland**  
 180 hat den Zusammenbruch der früheren Sowjetunion, die Gebietsverluste und die damalige  
 181 Osterweiterung der NATO bis an seine Grenzen als nationale Niederlage und Demütigung  
 182 empfunden. Russland sieht sich heute „von den Knien auferstanden“, so eine dort populäre  
 183 Redewendung, und sieht sich auf dem Weg zu neuer Macht und nationaler Stärke. Dieses  
 184 neue Selbstbewusstsein prägt das Vorgehen der russischen Außenpolitik. Russlands Politik  
 185 zielt darauf ab, Macht und Einfluss zu sichern und auszubauen. So soll mit der Eurasischen  
 186 Union 2015 mit den Staaten Russland, Weißrussland, Kasachstan und Armenien nach dem  
 187 Vorbild der EU eine politisch-wirtschaftliche Staatengemeinschaft entstehen. Ein Abkommen  
 188 über die Bildung einer Freihandelszone wurde bereits 2011 von Russland, Armenien,  
 189 Kasachstan, Kirgisien, Moldawien, Tadschikistan, Ukraine und Weißrussland unterzeichnet.  
 190 Russland ist gegenwärtig das Land mit den weltweit höchsten Steigerungsraten bei den  
 191 Militärausgaben. Ohne Russland lässt sich heute weder der Atomkonflikt mit dem Iran, noch  
 192 der Syrienkrieg beenden oder die Ukraine-Krise lösen. Eine stabile europäische  
 193 Sicherheitsarchitektur lässt sich nicht gegen Russland, sondern nur mit Russland realisieren.

194  
 195 Zuvor bereits haben die Banken-, Schulden- und Eurokrise sowie die Zunahme  
 196 rechtspopulistischer Kräfte den vielen europäischen Ländern der EU vor Augen geführt, dass  
 197 die politische Stabilität und der innere Zusammenhalt des Kontinents äußerst verletzlich sind  
 198 und für die Zukunft beträchtliche ökonomische Risiken fortbestehen. Die Europäische Union  
 199 steht nicht nur vor der Herausforderung seine wirtschaftliche Stabilität zu sichern, sondern  
 200 auch und gerade eine drohende soziale Teilung des Kontinents in Nord und Süd, in Arm und  
 201 Reich zu verhindern. Die Festigung von Demokratie, Sozialstaatsverständnis und  
 202 Menschenrechten muss auch in Europa ganz oben auf der Tagesordnung stehen.

203  
 204 Der Kapitalismus hat sich nach dem Ende des Kalten Krieges global durchgesetzt. Neben  
 205 den USA sind heute auch China, Russland, Indien und Brasilien aufstrebende und mächtige  
 206 Akteure auf den globalen kapitalistischen Waren- und Finanzmärkten.

207  
 208 **China** ist ein autoritärer Megastaat mit 1,360 Milliarden Menschen und befindet sich im  
 209 ökonomischen Aufstieg. Zu Recht wird aus westlicher Sicht insbesondere die mangelnde  
 210 Achtung der Menschenrechte kritisiert. Was weniger diskutiert und kaum gesehen wird, ist  
 211 die bislang erfolgreichste Armutsbekämpfung der Weltgeschichte. China hat in den  
 212 vergangenen Jahrzehnten 400 bis 600 Millionen Menschen aus der absoluten Armut  
 213 herausgeholt. China ist im Zuge seines hohen wirtschaftlichen Wachstums zu einer immer  
 214 stärkeren internationalen Macht geworden, mit aktiver Interessenpolitik in Asien und darüber  
 215 hinaus vor allem in Afrika geworden. Der Bedarf Chinas an Erdöl, Gas und anderen  
 216 Rohstoffvorkommen des Nahen und Mittleren Ostens sowie Afrikas wird mit weiteren  
 217 Wachstumsanstrengungen zunehmen. Auch China rüstet kräftig auf und hat 2014 den  
 218 weltweit zweitgrößten Militärhaushalt nach den USA. Der schwelende Streit zwischen China  
 219 und Japan um eine Inselgruppe im Ostchinesischen Meer, auf die beide Länder historische  
 220 Ansprüche erheben, könnte durch die Aufrüstung Chinas weiter eskalieren. Ebenso wie  
 221 Russland hat China ein ausgeprägtes Interesse an den Öl- und Gasvorkommen in der Arktis

222 sowie den dortigen Metall-Vorkommen an so genannten Seltenen Erden, die zur Produktion  
 223 modernster Kommunikationstechnologie eingesetzt werden.  
 224

225 Der Wirtschaftsaufstieg dieser Länder, zu denen auch Indien und Brasilien gehören, folgt  
 226 den Mechanismen deregulierter kapitalistischer Märkte: also Wachstum auf der Grundlage  
 227 niedriger Löhne, Steuern, Sozialabgaben und Umweltkosten sowie der politischen  
 228 Schwächung von Opposition, Gewerkschaften und kritischen zivilgesellschaftlichen  
 229 Akteuren. Dieses autoritäre Wachstumsmodell wird absehbar dazu führen, dass die Gefahr  
 230 neuer Krisen und Konflikte steigen wird.  
 231

232 Für die Zukunft sind einige Trends und Folgen absehbar:  
 233

- 234 • Die Weltbevölkerung wird in den kommenden zwanzig Jahren von heute rund 7,2  
 235 Milliarden Menschen auf voraussichtlich etwa 9 Milliarden ansteigen, mit  
 236 Schwerpunkten in Asien, Afrika und Lateinamerika.
- 237 • Das westlich-kapitalistische Wachstumsmodell, mit seinem Zentrum in den USA und  
 238 Europa mit etwa 1,1 Milliarden Menschen wird künftig auf 2,6 Milliarden Menschen in  
 239 China und Indien übertragen werden.
- 240 • Der Bedarf an Rohstoffen und Energie wird immens zunehmen ebenso wie der  
 241 Versuch der großen Wirtschaftsmächte sich diese Ressourcen durch die Erweiterung  
 242 ihrer politisch-militärischen Einflusszonen zu sichern.
- 243 • Da diese Entwicklung unter kapitalistischen Vorzeichen stattfindet, ist eine  
 244 gravierende Zunahme an sozialer Ungleichheit innerhalb der Gesellschaften dieser  
 245 großen Wirtschaftsmächte wahrscheinlich - plus der damit verbundenen Folgen, wie  
 246 zunehmende Machtzusammenballung bei internationalen Unternehmensimperien,  
 247 Oligarchisierung der staatlichen Politik und Zunahme von Korruption.
- 248 • Die Anfälligkeit der Weltwirtschaft für Finanzkrisen wird größer.
- 249 • Die soziale Spaltung der internationalen Staatengemeinschaft in arm und reich wird  
 250 sich weiter vertiefen.
- 251 • Die weltweite Expansion des Modells der extremen Konsum- und  
 252 Wegwerfgesellschaft bedingt eine massive Zunahme von Umweltbelastungen und -  
 253 zerstörungen sowie eine Beschleunigung des Klimawandels.
- 254 • Die weltweiten Migrationströme werden aufgrund von wirtschaftlicher  
 255 Perspektivlosigkeit, Umweltzerstörung, ethnisch-religiösen motivierten Kriegen und  
 256 Bürgerkriegen, Terrorismus und extremen Nationalismus weiter anwachsen.  
 257

258 Das autoritäre militärisch flankierte Wachstumsmodell auf der Grundlage des neoliberalen  
 259 „Raubtierkapitalismus“ (Helmut Schmidt) kann nicht Teil der Lösung sein, weil es eine der  
 260 größten Krisen- und Konfliktursachen ist.  
 261

262 Was droht: Wahrscheinlich ein Zeitalter der ökonomischen und militärischen  
 263 Blockkonfrontation der großen Wirtschaftsblöcke Asien, Amerika und Europa. Die Welt wird  
 264 vermutlich für die Mehrheit der Menschen auf dieser Welt sozial und ökologisch unsicherer  
 265 und weniger friedlich.  
 266

267 Dabei nährt diese Einflusszonen-Erweiterungspolitik die Illusion, alle könnten so weiter  
 268 machen, wie bisher, wenn es nur gelänge, diese Politik des eigenen Machtzuwachses durch  
 269 starken militärischen Rückhalt abzusichern.

270 Dabei hat sich die alte Militärlogik neue technologische Sphären bemächtigt. Der  
 271 **Rüstungswettlauf im Cyberspace** läuft auf vollen Touren. Drohnen sollen Kriege am  
 272 Computer gewinnbar machen, ohne dass das Leben der eigenen Soldaten gefährdet wird.  
 273 Und was bisher massive militärische Angriffe erforderte, könnte künftig im Internet  
 274 bewerkstelligt werden: Gelänge es etwa die Stromversorgung, die Wasserversorgung und  
 275 andere strategische Infrastrukturen in hochentwickelten Industrieländern zu hacken und  
 276 auszuschalten, würde dieser so angegriffene Staat in kürzester Zeit im Chaos versinken.

277 Die globalen **Rüstungsausgaben** betragen im Jahr 2013 nach Angaben des Stockholmer  
 278 SIPRI-Instituts 1.747 Milliarden US-\$ und sind damit das zweite Jahr hintereinander leicht  
 279 gefallen. Nahezu die Hälfte aller weltweiten Militärausgaben entfallen allein auf die USA (640  
 280 Mrd. US-\$) und China (188 Mrd. US-\$). Während in den USA die Ausgaben aufgrund des  
 281 Rückzugs aus Afghanistan und der dortigen Haushaltsprobleme um 7,8 Prozent gesunken  
 282 sind, stiegen sie in China um 7,4 Prozent. Es folgen Russland (89 Mrd. US-\$), Saudi-Arabien  
 283 (67 Mrd. US-\$), Frankreich (61 Mrd. US-\$), Großbritannien (58 Mrd. US-Dollar), Deutschland  
 284 und Japan (je 49 Mrd. US-\$), Indien (47 Mrd. US-\$) und auf Platz zehn Südkorea (34 Mrd.  
 285 US-\$).

286  
 287 Bei den Waffenexporten sind die USA (Anteil an weltweiten Waffenexporten 29%), Russland  
 288 (27%), Deutschland (7%), China (6%) und Frankreich (5%) führend. Die größten  
 289 Waffenimporteure sind Indien (14%), China (14%) und Pakistan (5%).

290  
 291 Ernüchternd ist, dass seit dem Ende des Kalten Krieges vor 25 Jahren wesentliche Ziele  
 292 einer Weltinnenpolitik nicht erreicht wurden, weil die bestehenden Instrumente offenkundig  
 293 nicht funktionieren. Das Völkerrecht ist kaum stärker als zuvor, die Vereinten Nationen sind  
 294 noch weit entfernt von der Errichtung eines internationalen Gewaltmonopols, die  
 295 Weltwirtschaftsordnung hat sich in diesen zwei Jahrzehnten weder gerechter noch  
 296 nachhaltiger entwickelt, der Rio-Prozess zur Bekämpfung des Klimawandels ist  
 297 enttäuschend, die Millenniumsziele wurden nicht erreicht, das Jahrzehnte alte Versprechen  
 298 der Industrieländer 0,7% ihres Bruttonationalproduktes in die Entwicklungszusammenarbeit zu  
 299 investieren ist weit davon entfernt eingelöst zu werden.

300

### 301 **Friedenspolitische Herausforderungen der Zukunft**

302

303 Dennoch: Die großen Gefährdungen und vordringlichen Herausforderungen für die  
 304 internationale Sicherheit lassen sich nur auf dem Wege internationaler Verhandlungen und  
 305 Vereinbarungen bewältigen:

306

- 307 • Der Kampf gegen den **Klimawandel** und die Bewältigung des  
 308 **Bevölkerungswachstums** bleiben die vordringlichen globalen Herausforderungen.  
 309 Sie sind besonders im Norden der Erdkugel schwer vermittelbar, weil die Folgen der  
 310 heute stattfindenden Klimaschädigungen erst in 50 Jahren spürbar sind, mit aktivem  
 311 Klimaschutz industrielle Einschränkungen verbunden sind und die Umweltschäden  
 312 sich zuerst im Süden zeigen.
- 313  
 314 • Die **Machtkonzentration auf immer weniger globale Wirtschaftskonzerne und**  
 315 **internationale Banken** ist ein Sicherheitsrisiko. Denn sie verfügen über eine Macht,  
 316 die es ihnen ermöglicht, die Politik von Staaten und Staatengemeinschaften  
 317 entsprechend ihren Interessen der Profitmaximierung zu steuern. Die Ausrichtung  
 318 politischer Macht an den ökonomischen Interessen wird künftig zu immer schärferen  
 319 Verteilungskämpfen zwischen den ökonomischen und militärischen Kraftzentren der  
 320 Welt führen. Das neoliberale Wirtschaftsmodell macht die Welt nicht reicher, sondern  
 321 ungerechter und drastisch unsicherer. Viele Reiche und Superreiche versuchen ihr  
 322 **Eigeninteresse und ihren Egoismus** durch Steuerflucht und Steuerhinterziehung zu  
 323 befriedigen. Sie versuchen der Lebenswirklichkeit der Gesellschaft in der sie Leben,  
 324 zu entfliehen und errichten für sich quasi eine Parallelgesellschaft mit eigenen  
 325 Normen und Regeln. Ebenso werden auch die großen Wirtschafts- und Militärmächte  
 326 versuchen, sich aus der Realität der ökonomischen und ökologischen Begrenzungen  
 327 der Erde zu verabschieden. Aus der Perspektive ihrer wirtschaftlichen Interessen ist  
 328 die Erde ein großes Rohstoff- und Energielager, nicht mehr. Um den Besitz und die  
 329 Verteilung dieser Lagervorräte tobt ein Konkurrenzkampf, in dem jedes Mittel recht zu  
 330 sein scheint: Korruption, Bestechung, illegaler Waffenhandel, organisierte Kriminalität  
 331 in allen Facetten, bis hin zum Kauf ganzer Staaten und Parlamente. Dies zeigt:  
 332 Frieden und Sicherheit sind unmittelbar verknüpft mit fairen

333 Wettbewerbsbedingungen zwischen Nord und Süd und mit der Existenz einer neuen  
 334 **gerechten Weltwirtschaftsordnung.**  
 335

- 336 • Die weltweiten Bestände an **atomarer, biologischer und chemischer Kriegswaffen**  
 337 sind eine monströse Gefahr für die Sicherheit und das Leben der Menschheit. Die  
 338 weltweiten Bestände an atomaren Waffen gehen um ein Vielfaches über das hinaus,  
 339 was die Atomstaaten benötigen, um für sich eine glaubwürdige  
 340 Abschreckungsfunktion zu gewährleisten. Darüber hinaus ist die Gefahr einer  
 341 Weiterverbreitung von Atomwaffen ein großes Risiko für den Weltfrieden. Die Gefahr  
 342 eines atomaren Rüstungswettlaufs im Nahen Osten ist ein vordringliches Thema der  
 343 internationalen Sicherheitspolitik. Der Besitz von biologischen und chemischen  
 344 Waffen ist kaum sicher kontrollierbar. Der Einsatz chemischer Waffen im Nahen  
 345 Osten zeigt, wie niedrig die Einsatzschwelle sein kann und wie real die Gefahr ist,  
 346 dass diese Waffen in die Hände terroristischer Organisationen fallen können.  
 347
- 348 • Kriege oder bewaffnete Konflikte wären in weiten Teilen der Welt überhaupt nicht  
 349 möglich, wenn sie nicht durch **Waffenexporte** aus den Industrieländern befeuert  
 350 würden. Das Verbot von Waffenlieferungen in Krisengebiete und die Kontrolle des  
 351 internationalen Waffenhandels sind vordringliche Maßnahmen der Kriegsverhütung.  
 352
- 353 • Es gibt Formen sich immer weiter ausbreitender Gewalt, die nicht nur eklatante  
 354 Verstöße gegen die **Menschenrechte** sind, sondern zudem die internationale  
 355 Sicherheit drastisch gefährden: dazu zählen beispielsweise **der Einsatz von**  
 356 **Kindersoldaten, die Herstellung und Nutzung von Landminen und**  
 357 **Strebomben, sexualisierte Gewalt in kriegerischen Konflikten,**  
 358 **Menschenhandel, Zwangsarbeit und Korruption.**  
 359

360 Konflikte zwischen Staaten erscheinen kaum noch in der Form militärischer  
 361 Auseinandersetzungen zwischen den sich bekämpfenden Staaten, sondern immer mehr als  
 362 militärische Kämpfe zwischen Clans, Truppen von Warlords, Söldnertruppen, bewaffneten  
 363 religiösen oder ethnischen Gruppen, oder wie kürzlich auf der Krim als nicht mit Nationalität  
 364 gekennzeichneten Soldaten. Staaten führen nicht mehr offen direkt Krieg gegeneinander,  
 365 sondern setzen auf das Mittel der Destabilisierung ihrer Gegner mit Gewalt.  
 366

367 Eine Welt, die sich entschiedener als bisher diesen Herausforderungen annimmt, wäre um  
 368 ein Vielfaches lebenswerter – und sie wäre vor allem weitaus sicherer!  
 369

### 370 **III. Beiträge und Schwerpunkte deutscher Friedenspolitik**

#### 371 **Das Prinzip Verantwortung**

372  
 373  
 374 Frieden bedeutet mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden ist zumal im Atomzeitalter die  
 375 elementare Grundlage für eine zivilisierte Entwicklung der globalen Gesellschaft. Krieg darf  
 376 kein Mittel der Politik sein. Deshalb wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten  
 377 die Friedenspolitik weiterentwickeln und die Kraft und die Stärke Deutschlands einsetzen für  
 378 internationale Verständigung, Solidarität und diplomatische Konfliktlösung.

379 Doch Friedenspolitik geht darüber hinaus. Sie geht über eine Reparatur defekter oder  
 380 zerstörter zwischenstaatlicher und internationaler Beziehungen hinaus und will einen  
 381 langfristigen und vorbeugenden Beitrag zur Verbesserung der internationalen Politik leisten.  
 382 Friedenspolitik bedeutet, die Wurzeln und Ursachen absehbarer Konflikte so frühzeitig zu  
 383 bearbeiten, dass der Ausbruch von Gewalt verhindert und Menschenleben geschützt werden  
 384 können. Eine solche Politik hat es schwer. Denn sie erfordert Aufmerksamkeit und  
 385 Investitionen bevor sie eskaliert und steht in Konkurrenz zu einer Tagespolitik, die auf  
 386 kurzfristige Effekte und Schlagzeilen abzielt.  
 387



388 In der Außen- und Sicherheitspolitik geht es um Interessen und Werte, die gegeneinander  
 389 abgewogen werden. Interessen stehen für handfeste Realpolitik, während Werte dagegen  
 390 eher als das Steckenpferd für Idealisten gelten. Doch keine der hier beschriebenen  
 391 europäischen und weltweiten Herausforderungen lassen sich in der globalisierten Welt von  
 392 heute einseitig in nationalen Alleingängen bewältigen und nichts davon lässt sich gegen  
 393 andere durchsetzen. Es geht also im Kern nicht um nationale Interessen und Werte, sondern  
 394 weiterhelfen kann nur eine gemeinsame und globale Verantwortung.

395  
 396 Einen ethischen Kompass für eine solche Politik hat 1979 der amerikanische Philosoph Hans  
 397 Jonas in seinem Buch „**Das Prinzip Verantwortung**“ beschrieben. Jonas formulierte einen  
 398 neuen kategorischen Imperativ: Handle so, dass die Wirkungen deiner Handlungen  
 399 verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden.“ Oder negativ  
 400 formuliert: „Handle so, dass die Wirkungen deiner Handlungen nicht zerstörerisch sind für die  
 401 künftigen Möglichkeiten solchen Lebens“. Und: „Schließe in deine gegenwärtige Wahl die  
 402 zukünftige Integrität des Menschen als Mitgegenstand deines Wollens ein.“

403  
 404 Jonas' „Fernethik“ fordert, dass vor allem die räumlichen und zeitlichen Auswirkungen  
 405 unseres heutigen Denkens und Handelns, also die Folgen für ferne Länder und künftige  
 406 Generationen in unsere heutigen Entscheidungen Eingang finden müssen.

407  
 408 In die gleiche Richtung zielt die UN-Weltkommission für Umwelt und Entwicklung die 1987,  
 409 unter Vorsitz der damaligen norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland, in  
 410 ihrem Bericht unter dem Titel „Our common future“ den Begriff der „**Nachhaltigen**  
 411 **Entwicklung**“ (sustainable development) geprägt hat: „Dauerhafte Entwicklung ist  
 412 Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige  
 413 Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“

414  
 415 In der Debatte um die künftige Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands und Europas  
 416 steht also der ganze sozialdemokratische Politikentwurf zur Debatte. Denn für die  
 417 Sozialdemokratie ist Zukunft ein Versprechen. Es ist das Versprechen und die Überzeugung,  
 418 dass die Verhältnisse, die uns umgeben nicht Schicksal, sondern veränderbar sind und dass  
 419 die Dinge durch Einsatz, Engagement und Übernahme von Verantwortung besser gemacht  
 420 werden können: friedlicher, freiheitlicher, gerechter, sozialer und ökologisch nachhaltiger.

421  
 422 Ja, die Zeit ist reif, ernsthaft über die Interessen, Werte und Ziele der künftigen Außen- und  
 423 Sicherheitspolitik Deutschlands und Europas neu zu diskutieren.

424  
 425 Deutschland hat Bündnisverpflichtungen dort wo es Mitglied ist – insbesondere in den  
 426 Vereinten Nationen, der EU, der NATO, der OSZE und im Europarat. Wir  
 427 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten engagieren uns dafür, dass sich die Prinzipien  
 428 sozialdemokratischer Friedenspolitik in den Bündnissen und Staatengemeinschaften in  
 429 denen Deutschland Mitglied ist, durchsetzen. Sozialdemokratische Außen- und  
 430 Sicherheitspolitik muss nicht dem dortigen Mainstream folgen. Deutschland darf  
 431 widersprechen und sich konsequent an den Prinzipien des Völkerrechts, des  
 432 Gewaltverzichts, der Gemeinsamen Sicherheit und der Weltinnenpolitik orientieren.

433  
 434 **1. Die SPD tritt dafür ein, dass Deutschland Motor ist bei der Durchsetzung der**  
 435 **Prinzipien des Gewaltverzichts, der Gemeinsamen Sicherheit und des**  
 436 **Völkerrechts in den internationalen Beziehungen.**

437  
 438 Die Vereinten Nationen sind die einzige globale Institution. Sie ist die einzige Institution, die  
 439 auf der Grundlage des in der UN-Charta niedergelegten internationalen Völkerrechts in der  
 440 Lage ist, für alle ihre Mitgliedsstaaten, große wie kleine, ein kollektives Sicherheitssystem zu  
 441 schaffen. Die Vereinten Nationen sind auch die einzige Organisation, die in der Lage ist  
 442 globale Vereinbarungen und Verträge zu organisieren, um die vordringlichsten

443 Zukunftsaufgaben wie Klimaschutz, Umgang mit den Wasserressourcen oder  
444 Armutsbekämpfung anzupacken.

445

446 Außen- und Sicherheitspolitik sind heute nur noch als Weltinnenpolitik sinnvoll denkbar. Die  
447 Menschheit kann ihre Probleme nur noch gemeinsam lösen, nicht gegeneinander.

448

449 • **Wir setzen uns deshalb ein, für eine neue Weltinnenpolitik mit den Vereinten**  
450 **Nationen und dem internationalen Völkerrecht als gemeinsames verbindliches**  
451 **Zentrum zur Regelung der internationalen Beziehungen.**

452

453 • **Wir setzen uns für eine Reform der Vereinten Nationen ein, mit dem Ziel global**  
454 **das Recht der Stärkeren durch die Stärke des Rechts zu ersetzen. Macht muss**  
455 **dem Recht untergeordnet werden. Wir wollen die UN stärken und**  
456 **demokratisieren und deshalb vordringlich das Gewicht der Vollversammlung,**  
457 **des Völkerrechts und die internationale Gerichtsbarkeit stärken. Das größte**  
458 **Problem der UN ist die mangelnde Durchsetzbarkeit ihrer Beschlüsse. Wir**  
459 **setzen uns deshalb ein für ein internationales Regelwerk, das den UN-**  
460 **Beschlüssen starke Autorität und Verbindlichkeit schafft. Das bisherige**  
461 **Vetorecht einiger weniger UN-Mitglieder ist unbefriedigend, andere Modelle, wie**  
462 **das Prinzip der Mehrheitsentscheidungen im Sicherheitsrat, sind jedoch aktuell**  
463 **kaum durchsetzbar.**

464

465 • **Stärkung der UN bedeutet auch, dass die Mitgliedsländer die notwendigen**  
466 **Mittel für die Umsetzung ihrer militärischen Einsatzbeschlüsse zur Verfügung**  
467 **stellen.**

468

## 469 **2. Die SPD tritt ein für weitere Abrüstung**

470

471 Friedenspolitik bedeutet verstärkten Einsatz für weitere weltweite Abrüstung von  
472 Atomwaffen, chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen und konventioneller  
473 Rüstung. Die Welt befindet sich mit Vorräten der Großmächte an diesen Waffen weiterhin im  
474 Zustand eines vielfachen Overkills. Priorität hat die Stabilisierung des  
475 Atomwaffensperrvertrages. Für Deutschland fordern wir den Abzug sämtlicher hier noch  
476 lagernder Atomsprengköpfe.

477

478 Wir wollen zurück zu restriktiveren Richtlinien für Rüstungsexporte. Wir lehnen solche  
479 Exporte in Krisengebiete und in Länder, die die Menschenrechte und die Rechte von  
480 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern missachten, ab.

481

482 Militärische Rüstung ist im 21. Jahrhundert zu einem großen Teil anachronistisch geworden.  
483 Die Ziele der Nationen – die Sicherung von Wachstum, Wohlstand, Stabilität – sind nicht  
484 durch militärische Flankierung und Kriegslogik erreichbar. Die Welt braucht Räume  
485 gemeinsamer Sicherheit statt gegenseitiger militärischer Abschreckung und Eindämmung.  
486 Für die Bekämpfung gewalttätiger Diktaturen oder ruchloser terroristischen Organisationen  
487 sind atomare, biologische und chemische Waffen oder riesige konventionelle Streitkräfte  
488 ebenso ungeeignet wie für friedenserhaltende oder friedenssichernde Maßnahmen.

489

## 490 **3. Die SPD tritt dafür ein, dass Deutschland Motor ist bei der Gestaltung einer** 491 **neuen gerechten Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungszusammenarbeit.**

492

493 Ein entscheidend wichtiges Element sozialdemokratischer Friedenspolitik ist die  
494 Durchsetzung einer neuen gerechteren Weltwirtschaftsordnung. Diese Forderung und ihr  
495 Begründungszusammenhang sind nicht sonderlich neu. Willy Brandt schrieb 1980 im  
496 Vorwort des ersten Berichts der von ihm geleiteten internationalen Nord-Süd-Kommission:  
497 „Die Geschichte hat uns gelehrt, dass Kriege Hunger nach sich ziehen, aber weniger  
498 bewusst ist uns, dass Massenarmut ihrerseits zu Krieg führen kann. Wo Hunger herrscht,

499 kann Friede nicht Bestand haben. Wer den Krieg ächten will, muss auch die Massenarmut  
 500 bannen. Noch nie hat die Menschheit über so vielfältige und finanzielle Ressourcen verfügt,  
 501 um mit Hunger und Armut fertig zu werden.“

502  
 503 Es ist offenkundig, dass Deutschland und die Staaten der EU, als „überdurchschnittlich  
 504 globalisierte“ Volkswirtschaften, die einen großen Teil ihres Wohlstandes über den  
 505 weltweiten Austausch von Waren, Dienstleistungen und Kapital bilden, ein elementares  
 506 Interesse an einer künftig friedlicheren, stabileren und ökonomisch prosperierenden  
 507 Weltordnung haben. Eine solche Ordnung lässt sich nicht mit militärischen Mitteln erzwingen,  
 508 sondern nur durch internationale Kooperation und Solidarität erreichen. Eine solche Ordnung  
 509 erfordert eine gleichmäßigere Verteilung des weltweiten Reichtums, also der Investitionen,  
 510 der Energie- und Rohstoffressourcen sowie der staatlichen Fähigkeit zum Aufbau moderner  
 511 öffentlicher Infrastrukturen in Bereichen wie Bildung, Gesundheitsversorgung, Verkehr,  
 512 Energieversorgung und nachhaltiger Umweltbedingungen.

513  
 514 • **Wir setzen uns deshalb ein für eine energischere Umsetzung der**  
 515 **Millenniumsziele der UN (Sustainable Development Goals, SDG) und für eine**  
 516 **aktive Rolle Deutschlands bei der jetzt anstehenden Fortschreibung und**  
 517 **Umsetzung dieser Ziele. Hierbei geht es um die Bekämpfung von extremer**  
 518 **Armut, Primärschulbildung für alle Menschen, die Gleichstellung der**  
 519 **Geschlechter, die Senkung der Kindersterblichkeit, die Verbesserung der**  
 520 **Gesundheitsversorgung für Mütter, die Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und**  
 521 **anderen schweren Krankheiten, um ökologische Nachhaltigkeit und den**  
 522 **Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung.**

523  
 524 • **Wir fordern die Bundesregierung auf, sicherzustellen, dass Deutschland sich**  
 525 **mit 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts an der Bekämpfung von Armut und**  
 526 **Unterentwicklung in der Welt beteiligt. Dabei haben für uns solche Projekte**  
 527 **Vorrang, welche die Menschenrechte voranbringen und insbesondere die**  
 528 **Situation von Mädchen und Frauen verbessern. Ohne Gleichstellung keine**  
 529 **Entwicklung!**

530  
 531 • **Wir fordern vordringlich wirksamere Vereinbarungen, um einen internationalen**  
 532 **Ordnungsrahmen für die internationalen Finanzmärkte durchzusetzen.**

533  
 534 • **Wir treten dafür ein, dass Deutschland und Europa die Initiative für mehr**  
 535 **Gerechtigkeit im Welthandel ergreifen. Das heißt im Wesentlichen mit gutem**  
 536 **Beispiel vorangehen bei der Öffnung der Märkte für Produkte und**  
 537 **Dienstleistungen aus der Dritten Welt und weniger Subventionierung von**  
 538 **Agrarprodukten.**

539  
 540 • **Wir treten dafür ein, dass der Internationale Währungsfonds (IWF), die**  
 541 **Weltbank und die Welthandelsorganisation (WTO) ihre Maßnahmen enger als**  
 542 **bisher auch an sozialen Maßstäben und ökologischen Zielen sowie an**  
 543 **Menschenrechten und Arbeitnehmerrechten binden. Die Kernarbeitsnormen**  
 544 **der Internationalen Arbeitsorganisation ILO sind in den Programmen und**  
 545 **Verträgen von IWF, Weltbank und WTO verbindlich zu verankern.**

546  
 547 Deutschland kann und muss als starke Wirtschaftsnation Impulsgeber und Motor einer  
 548 gerechteren Weltwirtschaftsordnung werden.

549

550 **4. Die SPD tritt dafür ein, dass Deutschland Motor ist bei der Entwicklung einer**  
 551 **dauerhaft tragfähigen Friedensordnung in Europa.**

552

553 Die aktuelle Ukraine-Krise führt uns vor Augen, dass Europa 25 Jahre nach dem Ende des  
 554 Kalten Krieges noch keine stabile Sicherheitsarchitektur für die nächsten Jahrzehnte  
 555 gefunden hat. Im Gegenteil: Die Ukraine-Krise könnte die Ouvertüre für längere  
 556 Auseinandersetzungen um Macht und Einfluss in Europa sein. Es geht um eine brisante  
 557 Mixtur aus territorialen Revisionsforderungen, Demonstrationen nationaler Macht,  
 558 Wirtschaftsinteressen und Minderheitenproblemen.

559

560 Es versteht sich von selbst, dass diese Auseinandersetzung zwischen der EU und der Nato  
 561 einerseits und Russland andererseits nicht militärisch geführt werden kann und darf.  
 562 Sicherheit in Europa gibt es nur mit Russland und nicht gegen Russland. Ostpolitik war  
 563 Friedenspolitik und muss Friedenspolitik bleiben!

564

565 Zwischen den EU und NATO-Mitgliedern ist Krieg undenkbar geworden. Beide  
 566 Organisationen sind nicht nur gegründet worden, um wirtschaftliche und militärische Macht  
 567 zu bündeln, sondern auch um seine Mitglieder, z.B. Deutschland, einzubinden und von  
 568 Sonderwegen abzuhalten. Es gibt zwischen den EU- und NATO-Mitgliedern eine strukturelle  
 569 Nichtangriffsfähigkeit.

570

571 Eine solche funktionierende Sicherheitsarchitektur der allseitigen strukturellen  
 572 Nichtangriffsfähigkeit gibt es nicht im Verhältnis zu Russland, nicht auf dem Balkan oder der  
 573 Kaukasus-Region.

574

575 • **Die höchste Priorität deutscher und europäischer Außen- und Sicherheitspolitik**  
 576 **ist es, eine gemeinsame gesamteuropäische Friedensordnung zu entwickeln.**

577

578 • **Der Abbau von Spannungen und der Weg zu einer neuen Friedensordnung**  
 579 **haben zur Voraussetzung, dass Europa nicht von wirtschaftlichen und sozialen**  
 580 **Krisen in Nord und Süd, Ost und West oder oben und unten zerrissen wird. Wir**  
 581 **treten dafür ein, dass wirtschaftliche Stabilisierungsprogramme in Europa**  
 582 **stärker die Notwendigkeit des sozialen Ausgleichs innerhalb der**  
 583 **Gesellschaften berücksichtigen.**

584

585 Alle europäischen Staaten finden Sicherheit, Wohlstand und die Aufrechterhaltung der  
 586 ökologischen Lebensgrundlagen nicht gegeneinander, sondern nur miteinander.

587

588 **Nahost-Konflikt**

589

590 Ein unverändert vordringliches Thema der internationalen Politik in der Nachbarschaft zu  
 591 Europa ist der Konflikt zwischen Israel und Palästina. Seit den Oslo-Verträgen von 1993  
 592 verhandeln Israel und Palästina unter amerikanischer Schirmherrschaft – immer wieder  
 593 unterbrochen durch Kriege, Terroranschläge, Regierungswechsel oder andere Krisen - über  
 594 eine Zwei-Staaten-Lösung. Bislang ohne jeden Erfolg. Im Gegenteil: Durch die ungebremste  
 595 israelische Siedlungspolitik – im Westjordanland, wo der palästinensische Staat entstehen  
 596 soll, leben inzwischen 600.000 israelische Siedler – wird eine Lösung immer  
 597 unwahrscheinlicher. Mit dem Scheitern von US-Außenminister John Kerry bis Ende April  
 598 2014 eine Verhandlungslösung zu erzielen, gibt es derzeit keine Perspektive für die Lösung  
 599 des Konflikts. Damit droht der Ausbruch neuer Gewalt. Die USA werden sich nach dem  
 600 jüngsten Scheitern möglicherweise für längere Zeit aus der Vermittlerrolle zurückziehen.

601

602 Wir unterstreichen die besondere Verantwortung Deutschlands für das Existenzrecht des  
 603 Staates Israels. Nach vielen Jahrhunderten antisemitischer Exzesse in Deutschland und  
 604 Europa und dem Holocaust hat Israel das Recht auf die Unterstützung seiner Sicherheit im  
 605 eigenen Staat durch die internationale Staatengemeinschaft. Zugleich hat das

606 palästinensische Volk das Recht auf nationale Selbstbestimmung in einem eigenen  
607 lebensfähigen Staat.

608  
609 Die auf dem Weg zu einer Zwei-Staaten-Lösung notwendigen Kompromisse – über die  
610 Grenzziehung, die Sicherheit Israels, die Zukunft der Siedlungen, den Status Jerusalems, die  
611 Flüchtlingsfrage und die Wasserversorgung- sind für beide Seiten mit äußerst schmerzhaften  
612 Zugeständnissen verbunden. Eine Friedenslösung verlangt von den politischen Führungen  
613 auf beiden Seiten großen Mut, Weisheit und Weitsicht. Dazu waren beide Seiten unter  
614 amerikanischer Vermittlung bislang nicht bereit oder in der Lage. Eine Friedenslösung bedarf  
615 internationaler Flankierung und Sicherheitsgarantien.

616  
617 Die Gefahr neuer Gewalt mit unkalkulierbaren Auswirkungen auf die ganze Nahost-Region  
618 und darüber hinaus sowie die sich weiter rasant verschlechternden Lebensbedingungen der  
619 unter israelischem Besatzungs- und Militärrecht lebenden palästinensischen Gesellschaft  
620 erfordern neue Anstrengungen für eine Lösung des Konflikts.

621  
622 Nach dem Scheitern der amerikanischen Bemühungen müssen die Verhandlungen auf eine  
623 neue Grundlage gestellt werden. Deutschland und die EU haben gute Beziehungen zu  
624 beiden Seiten und haben in der Region an Gewicht gewonnen. Eine entschlossene  
625 Friedensinitiative der EU unter Einschluss der Vereinten Nationen, Russlands der USA und  
626 der Arabischen Liga, die nach dem Vorbild der KSZE auf die ganze Nahost-Region  
627 ausgeweitet werden sollte, erscheint als der einzig verbleibende Verhandlungsansatz.  
628 Deutschland als glaubwürdiger Motor für Friedenspolitik kann hier gute und wichtige Dienste  
629 leisten.

630  
631 **5. Die SPD tritt dafür ein, bei internationalen Konflikten und Kriegsgefahr das**  
632 **Primat von Politik und Diplomatie durchzusetzen. Das bedeutet vor allem**  
633 **Krisenprävention, Abbau von Spannungen, Gewaltverzicht, humanitäre Hilfe**  
634 **und Entwicklungszusammenarbeit, um den Streitparteien eine vorteilhafte**  
635 **Perspektive aus dem Konflikt heraus aufzuzeigen.**

636  
637 In den Auslandseinsätzen der Bundeswehr sind gegenwärtig 4.700 Soldatinnen und  
638 Soldaten eingesetzt. Die Einsätze erfolgen gemeinsam mit Bündnispartnern oder  
639 befreundeten Nationen. Die größten Einsätze finden in Afghanistan (ISAF,  
640 Mandatsobergrenze 2.518 Soldaten), im Kosovo (KFOR, 689), Türkei (Active Defense, 283),  
641 am Horn von Afrika (Atalanta, 366) statt. Daneben befinden sich kleinere Einheiten in Mali,  
642 Senegal, Sudan, Libanon, Zentralafrika sowie im Mittelmeer.

643  
644 Insgesamt ist Deutschland gegenwärtig in 14 Auslandseinsätze der Bundeswehr engagiert.  
645 Darunter sind drei Kampfeinsätze: die Piratenbekämpfung am Horn von Afrika, im Kosovo  
646 und Afghanistan. Alle anderen Einsätze, an denen die Bundeswehr unter dem Dach der  
647 Vereinten Nationen oder der EU teilnimmt sind eher Ausbildungs-, Trainings- oder  
648 Beobachtungsmissionen und medizinische Hilfe, bei denen nur der Selbstschutz zugelassen  
649 ist.

650  
651 Rund 17 Milliarden Euro haben die Auslandseinsätze seit 1992 gekostet. Davon entfallen  
652 etwa 7,6 Milliarden Euro auf den Einsatz in Afghanistan, der Kosovo-Einsatz hat seit 1999  
653 rund 3,3 Milliarden Euro gekostet und die Anti-Piraterie-Operation am Horn von Afrika  
654 schlägt mit rund 300 Millionen Euro zu Buche.

655  
656 Jeder militärische Einsatz zur Friedenssicherung oder Stabilisierung eines Landes muss in  
657 ein tragfähiges politisches, wirtschaftliches und soziales Entwicklungskonzept eingebettet  
658 sein. Hierzu gehört u.a., dass die Art der bisherigen Regierungsführung grundlegend  
659 verändert, der Reichtum des Landes gerechter verteilt und die verbreitete Korruption  
660 eingedämmt wird.

661 Es ist klar, dass mit Militärinterventionen nichts gewonnen werden kann, solange die  
 662 Konfliktursachen nicht intensiv beleuchtet und bewertet worden sind und dieses Engagement  
 663 nicht in eine umfassende vor allem zivile Strategie für die Zukunft eingebunden ist. Eine  
 664 militärische Intervention bedarf eines alle wichtigen Politikbereiche umfassenden  
 665 Strategieansatzes mit klaren Zielbeschreibungen und großer Wahrscheinlichkeit und  
 666 Plausibilität, dass diese Ziele auch erreicht werden können. **Auslandseinsätze der  
 667 Bundeswehr müssen immer in ein Gesamtkonzept politischer, diplomatischer,  
 668 wirtschaftlicher, entwicklungspolitischer Maßnahmen eingebettet sein.**  
 669

670 Hier gilt das Primat der Politik: bevor militärische Einsatzkonzepte entworfen werden,  
 671 müssen die politisch Verantwortlichen klare politische Ziele und die Grenzen des  
 672 Engagements vorgeben. Ein wesentlicher Faktor der Konfliktbearbeitung ist die Beteiligung  
 673 von Frauen in allen Phasen der Prävention und Beilegung von Konflikten (UNO-Resolution  
 674 1315).  
 675

676 Militäreinsätze im Ausland sind keine Strategie, die Welt sicherer zu machen. Die bisherigen  
 677 Auslandseinsätze werden hinsichtlich ihres Nutzens und Erfolges sehr unterschiedlich und  
 678 kontrovers bewertet. Internationale Einsätze können punktuell das Schlimmste, etwa  
 679 Völkermorde stoppen. Der Krieg in Syrien oder der Konflikt im Südsudan, wo das Land am  
 680 Rande eines Völkermordes steht, sind hinsichtlich der Konfliktursachen, der internationalen  
 681 Verwicklungen und denkbarer Ziele und Erfolgsaussichten eines Militäreinsatzes von außen  
 682 grundverschieden. Kriterienkataloge, die quasi automatisierte Einsatzentscheidungen  
 683 hervorbringen, helfen folglich nicht weiter. Die Beteiligung an internationalen Eingreiftruppen  
 684 werden deshalb immer Einzelfallentscheidungen bleiben und die Entscheidung darüber  
 685 muss im Plenum des Deutschen Bundestages verbleiben.  
 686

- 687 • **Wir setzen uns dafür ein, dass die im Hamburger Grundsatzprogramm der SPD  
 688 für Auslandseinsätze der Bundeswehr genannten Voraussetzungen nicht  
 689 verändert werden: „Der Einsatz militärischer Mittel bleibt für uns Ultima Ratio.  
 690 Auch zur Stabilisierung des Friedens wollen wir Soldatinnen und Soldaten nur  
 691 einsetzen, wenn andere Mittel nicht ausreichen. Deutschland kann sich an  
 692 diesen Missionen beteiligen, wenn sie durch ein völkerrechtlich bindendes  
 693 Mandat der Vereinten Nationen legitimiert sind, der Einsatz dem deutschen  
 694 Interesse am Frieden in der Welt und an der Wohlfahrt der Nation nicht  
 695 widerspricht und der Deutsche Bundestag zustimmt.“**  
 696
- 697 • **Darüber hinaus treten wir dafür ein, dass die geltende Parlamentsbeteiligung  
 698 bei der Entscheidung über Auslandseinsätze nicht verändert, aufgeweicht oder  
 699 ausgehöhlt wird. Der Souverän kann und muss erwarten, dass die von ihm  
 700 gewählten Bundestagsabgeordneten durch eine Abstimmung im Plenum des  
 701 Bundestages persönlich für die von ihnen getroffenen Entscheidungen über  
 702 militärische Auslandseinsätze einstehen und sie verantworten.**  
 703

704 Die meisten Kriege finden heute in gescheiterten, zerrütteten und schwachen Staaten statt.  
 705 Ein Staat benötigt viele Jahre, um z.B. nach einem ethnisch-religiösen Bürgerkrieg eine neue  
 706 friedliche zivile Gesellschaft aufzubauen. Dazu bedarf es häufig von außen Soldaten,  
 707 Diplomaten, Polizisten, Juristen, politische Berater, humanitäre Helfer sowie Experten für  
 708 den Verwaltungsaufbau und Entwicklungszusammenarbeit. Zum Beispiel: 300 deutsche  
 709 Polizistinnen und Polizisten sind gegenwärtig in Ausbildungsmissionen im Ausland  
 710 unterwegs. Mehrere Tausend werden benötigt, was voraussetzt, dass wir bereit sind mehr  
 711 Polizeikräfte einzustellen, damit die heimische Polizeipräsenz darunter nicht leidet.  
 712

713 Im Koalitionsvertrag der Großen Koalition von 2013 wird unterstrichen, dass  
 714 Entwicklungspolitik einen präventiven Charakter hat und damit vorausschauende  
 715 Friedenspolitik ist.

- 716 • **Wir treten dafür ein, dass militärische Einsätze der Bundeswehr im Ausland**  
717 **immer auch verbunden werden mit einem vernetzten Konzept für den Aufbau**  
718 **des betreffenden Landes im Bereich der inneren Sicherheit, der Verwaltung und**  
719 **Justiz und der Entwicklungszusammenarbeit.**

720

721 Ein Trauma sind bis heute die Massenmorde im Kongo mit drei Millionen Toten, in Ruanda  
722 mit einer Million Toten und in Srebrenica in den 1990er Jahren, bei denen die USA und die  
723 internationale Staatengemeinschaft nicht eingegriffen haben. Eine neue wichtige Entwicklung  
724 im Völkerrecht ist deshalb das **Prinzip der Schutzverantwortung (Responsibility to**  
725 **Protect, RtoP)**. Es besagt, dass (1) jeder Staat in Übereinstimmung mit universell  
726 anerkannten Normen des Völkerrechts und der Menschenrechte eine grundsätzliche  
727 Verantwortung gegenüber seinen eigenen Bürgern trägt; (2) dass die internationale  
728 Gemeinschaft ihrerseits Verantwortung trägt, durch zivile (präventive und nachsorgende)  
729 Aktivitäten eine internationale Ordnung zu fördern, die diesen Normen entspricht; und (3)  
730 dass unter bestimmten Bedingungen und nur dann- verhältnismäßige militärische  
731 Interventionen als äußerstes Mittel zum Schutz von Bevölkerungen nicht nur zulässig,  
732 sondern geboten sein können.

733

734 Dieses Prinzip muss weiterentwickelt werden. Dazu ist eine Aufarbeitung der jüngeren  
735 Geschichte zu leisten. Welche Ergebnisse, Erfolge und Misserfolge haben die militärischen  
736 Interventionen und Einsätze der vergangenen Jahre gemessen an den ursprünglichen Zielen  
737 erzielt, z.B. in Serbien, Kosovo, Afghanistan, Irak, Somalia etc. Welche Schlussfolgerungen  
738 sind daraus zu ziehen?

739

#### 740 **IV. Der Charakter deutscher Außenpolitik: Motor für Friedenspolitik**

741

742 Friedenspolitik erfordert langfristiges Denken und Handeln. Ebenso Sensibilität, also die  
743 Fähigkeit die Welt auch durch die Brille der anderen zu sehen und zu verstehen, erfordert die  
744 Fähigkeit Bereitschaft, Interessengegensätze frühzeitig zu erkennen und zu verhandeln,  
745 erfordert die Verpflichtung Konflikte ohne Gewalt friedlich auszutragen. Diese Fähigkeiten  
746 und Haltungen sind keine Schwäche, sondern zeugen von politischer Stärke.

747

748 Friedenspolitik braucht klare Grundsätze, Orientierungen, Ziele. Sie ergeben sich aus den  
749 Prinzipien der Bündnisse und Organisationen, in denen Deutschland Mitglied ist, also  
750 insbesondere der Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit  
751 in Europa, der EU und der NATO. Das außen- und sicherheitspolitische Profil Deutschlands  
752 ist folglich geprägt durch das Eintreten für das Völkerrecht, die Menschenrechte, die  
753 Gewaltfreiheit bei der Austragung von Konflikten, die Anerkennung des Rechts auf nationale  
754 Selbstbestimmung, das Bekenntnis zu den demokratischen Freiheiten und rechtsstaatlichen  
755 Verhältnissen, den Schutz der Unverletzlichkeit und die Integrität von Staatsgrenzen und das  
756 Bemühen um Abrüstung.

757

758 Die Mitgliedschaft in diesen Organisationen setzt auch die Bereitschaft voraus, die hier  
759 beschlossenen Maßnahmen zur Friedenssicherung und Friedenserhaltung –notfalls auch  
760 militärisch- zu unterstützen, sofern dies mit unserer Verfassung übereinstimmt und der  
761 Deutsche Bundestag zustimmt. Denn: „Wo immer schweres Leid über die Menschen  
762 gebracht wird, geht es uns alle an. Wer Unrecht lange geschehen lässt, bahnt dem nächsten  
763 den Weg. Helfen wir den Vereinten Nationen die Mittel zu geben, derer sie bedürfen, um  
764 Einfluss auch ausüben zu können“ (Willy Brandt, 1992).

765

766 Aufgrund seiner geografischen Lage in der Mitte Europas mit neun Nachbarnstaaten, seiner  
767 Geschichte, seiner wirtschaftlichen Stärke und internationalen Glaubwürdigkeit kann  
768 Deutschland in den UN, der OSZE, der EU und der NATO Motor für Friedenspolitik sein.  
769 Motor sein, bedeutet Initiative ergreifen, selbst minimale Spielräume für aktive Politik zu  
770 nutzen, vermitteln, überzeugen und Mehrheiten finden. Deutschland kann diese Rolle aktiv  
771 gestalten und glaubwürdig spielen.

772 Motor für Friedenspolitik sollte der Charakter der deutschen Außenpolitik sein. „Das  
773 Grundgesetz, die Europäische Grundrechtscharta, die Charta der Vereinten Nationen, das  
774 humanitäre Völkerrecht und die Millenniumsentwicklungsziele bestimmen unsere  
775 internationale Politik“ (Hamburger Grundsatzprogramm der SPD, 2007).

776

777 Friedenspolitik braucht mehr engagierte Akteure und Motoren, die eine solche Politik  
778 initiieren und bewegen.

779

## 780 **Die SPD als friedenspolitischer Akteur**

781

782 Außen- und Sicherheitspolitik ist nicht nur eine Aufgabe der Regierungen,  
783 ParlamentarierInnen, DiplomatenInnen, FriedensforscherInnen oder militärischen PlanerInnen.  
784 Auch die Zivilgesellschaft mit ihren Nicht-Regierungsorganisationen engagiert sich in  
785 zahllosen Projekten für Frieden und Verständigung. Die politischen Stiftungen in  
786 Deutschland zum Beispiel leisten in vielen Ländern der Erde wichtige und erfolgreiche Arbeit  
787 und unterstützen dort den Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Ordnungen.

788

789 Die SPD ist eine der weltweit größten und traditionsreichsten sozialdemokratischen  
790 Parteien. Von uns wird erwarten die sozialdemokratischen Bruder- und Schwesterparteien in  
791 aller Welt friedenspolitisch viel. Viele MenschenrechtlerInnen, DemokratInnen und  
792 SozialistInnen in der Welt setzen viel Hoffnung in die deutsche Sozialdemokratie. Die SPD  
793 verfügt über ein einzigartiges Netz internationaler Kontakte, politischer Zugänge und  
794 Arbeitszusammenhänge. Als eine der Säulen der Sozialistischen Internationale und der  
795 2013 gegründeten Progressive Alliance kann die SPD neue Anstöße geben und Beiträge  
796 leisten, diese internationalen sozialdemokratischen Organisationen weiter zu entwickeln. Die  
797 Sozialistische Internationale und die Progressive Alliance sollten stärker als bisher Konzepte  
798 und Initiativen auf den Feldern präventiver Friedenspolitik entwickeln: die Ausarbeitung von  
799 Abrüstungsinitiativen, sozialdemokratische Vorschläge für eine neue gerechte  
800 Weltwirtschaftsordnung, Konzepte der gemeinsamen Sicherheit z.B. für Gesamteuropa, den  
801 Nahen Osten, Afrika, Asien und Lateinamerika, Vorschläge für eine Stärkung der Vereinten  
802 Nationen und des Völkerrechts.

803

804 Dieses kann und muss sich die internationale Sozialdemokratie zutrauen.

805

806 Nichts kommt von selbst.